



# Der Rote Hahn

Informationsblatt der Partei Die Linke Frankfurt (Oder)  
Ausgabe zum Frühling | 1. Ausgabe 2026

Spende ab 1,00 €  
28. März 2026



## Aufbruch in den Frühling

Der Winter hat uns in diesem Jahr einige „eisige Lektionen“ erteilt. Die Oder fror tagelang zu und zeitweise schien auch die politische Handlungsfähigkeit im Frankfurter Rathaus eingefroren. In den ersten Wochen des Jahres überlagerten Debatten über Haushaltszahlen und Zuständigkeiten oft die drängenden Fragen unserer Stadt. Wie halten wir Kultur trotz knap-

per Kassen lebendig? Wie schaffen wir bezahlbaren Wohnraum und eine lebendige Innenstadt, in der Menschen gerne wohnen, arbeiten und ihre Freizeit verbringen?

Doch selbst in dieser Phase gab es Momente, die Mut machen. Anfang des Jahres versammelten sich hunderte Menschen vor dem Rathaus, um für

den Erhalt der Musikschule und anderer Kulturangebote zu demonstrieren. Sie haben gezeigt: Frankfurt (Oder) ist eine Stadt, in der Menschen füreinander eintreten. Kultur, Bildung und öffentliche Räume sind für viele keine Luxusfrage, sie sind das Fundament unserer Stadt.

*Fortsetzung auf Seite 2*

### Die Linke im Land

Neue Koalition – alte Leere?

Seite 3

### Die Linke in der Stadt

Ein bezahlbares Leben für alle

Seite 4

### Edition aus der StVV

Gemeinsame Zukunft?

Seite 9

### Aus der Kulturstadt

Haus der Künste: Neuanfänge

Seite 13

## INHALTSÜBERSICHT

### 1-2: Leitartikel

Aufbruch in den Frühling

### 3: Die Linke im Land

Neue Koalition – alte Leere?

### 4-5: Die Linke in der Stadt

Ein bezahlbares Leben für alle  
Zwischen Moderation und Führung

### 6-7: Ereignisse aus der Stadt

Was hilft, wenn nichts mehr hilft

Heraus zum 8. März...

...und 1. Mai

### 8-9: Edition aus der Stadtverordnetenversammlung

Kulturangebote vorerst gerettet

Gemeinsame Zukunft?

### 10: Aus der Sportstadt

Pro und Contra Olympia

### 11: Aus der Kulturstadt

Kunst, Kultur und Bürgerschaft

### 12-13: Aus der Kulturstadt

Interview: „Dieser Spagat stumpft ab“

Haus der Künste: Neuanfänge

### 14: Die Linke in der Stadt

Isabelle Vandré im Gespräch

Kein Werben fürs Sterben

### 15: Kunst, Satire und Polemik

Die Erinnerung der Enkel

Marxismus: Wissenschaft oder Religion?

### 16: Plakatseite

Protokoll des Kulturausschusses

## IMPRESSUM

### Der Rote Hahn

Informationsblatt der Partei Die Linke Frankfurt (Oder)

### Herausgeber

Kreisvorstand der Partei Die Linke Frankfurt (Oder)

Berliner Straße 38

15230 Frankfurt (Oder)

☎ (0335) 4002047

✉ info@dielinke-ffo.de

🌐 <https://www.dielinke-ffo.de>

📘 <https://facebook.com/dielinkeffo>

📷 <https://instagram.com/dielinke.frankfurtoder>

### Mitwirkende

REDAKTION: Christoph Ewert, Carmen Winter,

Jan Augustyniak, Pascha Schumann, Tom

Berthold, Sonnhild Grünberg, Igor H. Berg

LEKTORAT: Pascha Schumann, Sonnhild

Grünberg, Carmen Winter

ILLUSTRATIONEN: Pascha Schumann

FOTOS: Ralf Roletschek (S. 3, 11 Mitte; Lizenz GNU

FDL 1.2), Tom Berthold (S. 4, 9), Jan Augustyniak

(S. 6), Willi Wallroth (S. 7), Carmen Winter (S.

8), A.Savin via Wikipedia (S. 11 links und rechts;

Lizenz Freie Kunst), Katharina Rößler (S. 14)

LAYOUT UND SATZ: Tom Berthold

### Spendenkonto:

KONTOINHABERIN: Die Linke Frankfurt (Oder)

IBAN: DE73 1705 5050 3200 6168 99

KENNWORT: Spende Der Rote Hahn

AUFLAGE: 5.000

Die nächste Ausgabe erscheint im 2. Quartal 2026.

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten

Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung.

Eine Quellenangabe ist obligatorisch.

Für das (Nicht-)Gendern in den einzelnen

Texten sind die jeweiligen Autor:innen selbst

verantwortlich. Die Redaktion macht sich die

Meinungen der Autor:innen nicht immer zu eigen.

Mit den ersten warmen Tagen wächst deshalb auch die Hoffnung auf einen politischen Aufbruch. Denn die Herausforderungen bleiben groß. Frankfurt steht weiterhin unter erheblichem finanziellen Druck. Die kommunale Steuerkraft liegt nur bei etwa 22 Prozent des Bundesdurchschnitts. Gründe dafür sind unter anderem eine vergleichsweise schwache Wirtschaftsstruktur mit wenigen großen Gewerbesteuerzahlern sowie die Folgen des demografischen Wandels: Eine schrumpfende Erwerbsbevölkerung bedeutet langfristig geringere Steuereinnahmen. Der Investitionsrückstand von rund 120 Millionen Euro zeigt außerdem, wie groß der Handlungsbedarf ist. Er betrifft ganz konkrete Bereiche unseres Alltags: die Sanierung von Schulen und Sportstätten, die Modernisierung von Straßen und Radwegen oder die Entwicklung unserer Stadtteile.

Die rund 32,6 Millionen Euro aus dem Sondervermögen des Bundes für kommunale Investitionen können helfen, einen Teil dieser Lücke zu schließen, etwa bei Schulen, Sportanlagen oder Infrastruktur. Aber sie ersetzen keine langfristige finanzielle Stabilität. Städte wie Frankfurt brauchen eine gerechtere Kommunalfinanzierung, damit öffentliche Daseinsvorsorge nicht dauerhaft unter Finanzierungsvorbehalt steht.

Parallel dazu läuft eine Debatte über Sicherheit in der Stadt. In Interviews mit Oberbürgermeister Axel Strasser wurde zuletzt über mehr Beleuchtung und perspektivisch auch über Kameras im öffentlichen Raum gesprochen. Die Linke warnt jedoch davor, Sicherheit allein technisch zu denken, denn Kameras lösen keine sozialen Probleme. Wirkliche Sicherheit entsteht dort, wo Jugendarbeit funktioniert, wo Streetworker erreichbar sind und wo Konflikte

früh aufgefangen werden. Prävention und soziale Infrastruktur schaffen langfristig mehr Sicherheit als Überwachung.

Beim kommenden Stadtjubiläum eröffnet sich jedoch die Chance, die Stadtgesellschaft aktiv einzubinden. In der Verwaltung wird diskutiert, auf eine große Feier zum 775-jährigen Bestehen Frankfurts im Jahr 2028 zu verzichten und stattdessen erst 2030 ein symbolisches 777-jähriges Jubiläum zu begehen. Doch vielleicht steckt gerade im Jahr 2028 eine Chance: Das Hanse-StadtFest gehört bereits heute zu den größten kulturellen Ereignissen unserer Stadt. Wenn es konzeptionell weiterentwickelt wird, könnte es gleichzeitig den Rahmen für eine 775-Jahr-Feier bieten. Vereine, Initiativen, Kulturakteure und engagierte Bürgerinnen und Bürger können aktiv eingebunden und das Jubiläum zu einem gemeinsamen Ereignis der ganzen Stadt werden.

Frankfurt (Oder) lässt sich nicht durch Sonntagsreden verändern. Aber durch Engagement, durch politische Entscheidungen und durch eine Stadtgesellschaft, die zusammenhält. In der Stadtverordnetenversammlung ist nach der Oberbürgermeisterwahl spürbar geworden, dass demokratische Kräfte enger zusammenrücken müssen, wenn wir unsere Stadt gemeinsam voranbringen wollen. Der Frühling erinnert uns daran: Auch nach einem langen Winter kann etwas Neues wachsen. Und manchmal beginnt dieser Aufbruch ganz einfach – bei einem Spaziergang über die Oderwiesen, einem Gespräch auf dem Flohmarkt oder einer Idee, die aus einer kleinen Initiative eine große Veränderung macht.

von Margarita Kavali  
und Jan Augustyniak

## Mach jetzt den kostenlosen Heizkosten-Check

Möglicherweise kannst du 15 % von  
deinem Vermieter zurückfordern.  
Wir helfen dir dabei!

Viele Vermieter rechnen die Heizkosten falsch ab. Das wollen wir uns nicht mehr gefallen lassen. Schick uns deine Rechnung, damit wir sie für dich prüfen können. Wir helfen dir, von deinem Vermieter Geld zurückzufordern.

#### So funktioniert es:

1. Mach Fotos oder einen Scan deiner letzten Nebenkostenabrechnung.
2. Wir prüfen, ob du Anspruch auf 15 % Erstattung hast.
3. Wenn ja, bekommst du von uns alle Unterlagen – du musst sie nur noch unterschreiben und abschieken, um deinen Anspruch geltend zu machen.

Scanne deinen QR-Code mit dem Handy  
oder schicke deine Abrechnung an:  
heizkosten@die-linke.de



[www.heizkostencheck.app](http://www.heizkostencheck.app)



## Neue Koalition — alte Leere?

Nach dem Bruch der Koalition aus SPD und BSW zu Beginn des Jahres stellte Anfang März die neue Koalition aus SPD und CDU ihren Koalitionsvertrag für Brandenburg vor. Der Vertrag formuliert den Anspruch, Stabilität zu sichern und zentrale gesellschaftliche Bereiche zu stärken. Dazu gehören auch Kultur und Sport – zwei Felder, die für gesellschaftlichen Zusammenhalt, regionale Identität und ehrenamtliches Engagement eine wichtige Rolle spielen. Doch am Ende steht alles im Koalitionsvertrag unter Finanzierungsvorbehalt.

Im Kulturbereich setzt die Koalition auf eine Mischung aus Struktursicherung und punktuellen Reformen. Ein zentrales Vorhaben ist die Überarbeitung des Musik- und Kunstschulgesetzes. Ziel ist es, bürokratische Hürden zu reduzieren und kulturelle Bildung niedrigschwelliger zugänglich zu machen. Gleichzeitig sollen die freie Kunst- und Kulturszene sowie kulturelle Bildungsangebote weiterhin unterstützt werden. Auch bestehende Programme wie die „Kulturland“-Themenjahre oder Projekte kultureller Bildung – etwa „Klasse Musik“ – sollen fortgeführt werden.

Vorgesehen ist auch eine Verlängerung des Theater- und Orchester-Rahmenvertrags um weitere fünf Jahre. Damit soll die Finanzierung der großen Kulturinstitutionen im Land gesichert werden.

Auch Einrichtungen wie das Kleistforum oder das Staatsorchester bleiben damit zentrale Bausteine der Kulturpolitik des Landes.

Aus linker Sicht bleibt der Vertrag hier jedoch hinter den Herausforderungen zurück. Zwar wird Stabilität versprochen, doch konkrete Schritte zur besseren sozialen Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern oder zur stärkeren Förderung der freien Kulturszene bleiben vage. Ebenso die finanziellen Sicherungen der kommunalen Musikschulen und Kultureinrichtungen. Gerade in strukturschwächeren Regionen wäre eine deutlich stärkere Förderung kultureller Infrastruktur notwendig, um kulturelle Teilhabe dauerhaft zu sichern.

Für unsere Stadt hat die Kulturpolitik des Landes unmittelbare Bedeutung. Die langfristige Finanzierung des Staatsorchesters und die Rolle des Museumsstandorts BMLK sichern wichtige kulturelle Angebote und Arbeitsplätze. Gleichzeitig zeigt sich hier auch ein strukturelles Problem: Während große Einrichtungen abgesichert werden, kämpfen kleinere Initiativen und freie Kulturprojekte wie die Kulturmanufaktur in den Gerstenberger Höfen, das Kukuryku oder der Kunstverein häufig weiter um stabile Finanzierung.

Ähnlich ambivalent fällt der Blick auf die Sportpolitik aus. Der Koalitionsvertrag

betont die Bedeutung des Breitensports und kündigt Investitionen in Sportstätten sowie die Fortführung des „Goldenen Plans“ zur Sportstättenentwicklung an. Programme zur Bewegungsförderung von Kindern sowie bessere Möglichkeiten zum Schwimmenlernen sollen ebenfalls gestärkt werden.

Doch auch hier bleibt vieles programmatisch. Viele Sportvereine – gerade in Städten wie Frankfurt (Oder) – kämpfen mit steigenden Betriebskosten, Sanierungsbedarf bei Hallen und Plätzen sowie mit den Belastungen ehrenamtlicher Strukturen. Ohne eine deutlich stärkere und dauerhaft abgesicherte Finanzierung droht der Anspruch, den Sport als sozialen Anker in den Kommunen zu stärken, hinter der Realität zurückzubleiben.

Der Koalitionsvertrag setzt damit stark auf Kontinuität. Aus linker Perspektive stellt sich jedoch die Frage, ob Stabilisierung allein ausreicht – oder ob Kultur und Sport nicht deutlich stärker als öffentliche Infrastruktur verstanden und entsprechend investiv gefördert werden müssten. Gerade in Regionen im Wandel entscheidet sich hier, ob gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt oder weiter ausgedünnt wird.

*von Jan Augustyniak  
(Stadtverordneter Die Linke)*



## Ein bezahlbares Leben für alle

Die Frage, ob Menschen sich ihre Lebenshaltungskosten noch leisten können, ist längst zu einer der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit geworden. Steigende Preise für Lebensmittel, Energie und Wohnen werden für immer mehr Familien zum Monatsende zur Zerreißprobe, während Energie- und Lebensmittelkonzerne schamlose Rekordgewinne einfahren. Genau deshalb hat Die Linke Anfang des Jahres das Thema „Ein bezahlbares Leben für alle“ zu einem zentralen politischen Schwerpunkt gemacht. Denn ein Leben ohne Existenzangst ist kein Luxus, sondern eine Frage der sozialen Gerechtigkeit!

In Frankfurt (Oder) ist die soziale Schieflage bittere Realität. Besonders deutlich wird dies bei der Kinderarmut: Fast jedes vierte Kind unter 18 Jahren lebt in einem Haushalt mit Bürgergeldbezug. Das ist etwa doppelt so viel wie im Brandenburger Landesdurchschnitt. Auch die Wohnfrage spitzt sich zu. Zwar wirken die Mieten im Vergleich zu Städten wie Berlin und Potsdam niedrig, doch entscheidend ist das Verhältnis zum Einkommen. Wer heute eine neue Wohnung sucht,

muss deutlich tiefer in die Tasche greifen als noch vor zehn Jahren. Ein weiterer Blick auf die wirtschaftliche Situation der Menschen in Frankfurt (Oder) zeigt ebenfalls, wie groß der Handlungsbedarf ist. Laut dem aktuellen Kaufkraftindex verfügen die Frankfurter:innen über deutlich weniger finanziellen Spielraum als der Rest der Republik.

Deshalb haben wir uns als Linke in diesem Jahr klare Ziele gesetzt, um Menschen wieder Hoffnung zu geben und konkrete Verbesserungen durchzusetzen. Im Bundestag hat unsere Fraktion Anfang des Jahres einen Antrag für ein soziales Mietrecht eingebracht, das Mieter:innen besser schützen soll, etwa durch strengere Regeln gegen überhöhte Mieten und mehr Transparenz bei möblierten Wohnungen. Gleichzeitig setzt sich Die Linke dafür ein, dass Mobilität wieder bezahlbar wird: Bus und Bahn sollen mit der Wiedereinführung eines bundesweiten 9-Euro-Tickets für alle Menschen zugänglich sein. Ein weiterer Schwerpunkt ist die soziale Teilhabe von Kindern. Deshalb fordert Die Linke ein kostenfreies Mittagessen in Kitas

und Schulen, damit jedes Kind unabhängig vom Einkommen der Eltern eine warme Mahlzeit und gleiche Chancen im Alltag erhält. Im April 2026 plant die Partei außerdem einen Bezahlbarkeitsgipfel, bei dem gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen Wege diskutiert werden sollen, wie soziale Ungleichheit wirksam bekämpft werden kann und wie ein bezahlbares Leben für alle Realität wird.

Gerade Städte wie Frankfurt (Oder) zeigen, wie wichtig die Frage nach Bezahlbarkeit ist. Menschen erwarten zu Recht mehr als nur das Existenzminimum, sie fordern ein Leben in Würde, mit bezahlbarem Wohnraum, einer Gesundheitsversorgung für alle und Arbeit, von der man gut leben kann. Als Linke sind wir überzeugt: Jeder verdient ein Leben ohne Angst vor der nächsten Rechnung, ein Leben in Sicherheit und Würde. Ein bezahlbares Leben für alle!

*von Margarita Kavali  
(Mitglied des Bundesvorstandes  
Die Linke aus Frankfurt)*

# Zwischen Moderation und Führung

**A**xel Strasser steht seit Oktober 2025 an der Spitze der Stadtverwaltung von Frankfurt (Oder). Sein deutlicher Sieg in der Stichwahl spiegelte die gesellschaftliche Stimmung wider: In einer politisch fragmentierten Stadt entschied sich eine breite Mehrheit nicht für Euphorie, sondern für vermeintliche Stabilität.

Im Amt folgte jedoch schnell die Ernüchterung. Die ersten Monate waren geprägt von offenen Fragen, ungeklärten Mehrheiten und kommunikativen Brüchen. Klare politische Linien blieben zunächst aus. Bereits die erste Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2025 war von knappen Abstimmungen und angespannter Atmosphäre geprägt. Sie machte deutlich: Einen automatischen Vertrauensvorschuss gibt es nicht.

Eng damit verbunden ist Strassers politischer Stil. Er versteht sich als Moderator, der Konflikte befrieden will, bevor sie zu Machtkämpfen werden. In seiner Grundsatzrede im Februar 2026 betonte er Zusammenarbeit und gemeinsame Denkprozesse. Zugleich blieb offen, wohin diese Gespräche führen und welche Prioritäten er konkret setzt.

Deutlich wurde das etwa beim Umgang mit repräsentativen Formaten. Der traditionelle Neujahrsempfang des OB im Rathaus wurde abgesagt. Strasser begründete dies pragmatisch. Kritiker werteten es hingegen als Signal, dass Repräsentation und öffentliche Begegnung zugunsten technokratischer Effizienz zurücktreten. Gerade in einer zivilgesellschaftlich aktiven Stadt können Verwaltung und Politik jedoch nicht losgelöst von öffentlicher Präsenz agieren.

Auch Personalentscheidungen – etwa zur Nicht-Wiederernennung des bisherigen Bürgermeisters Claus Junhanns

– erfolgten ohne erkennbare politische Einbettung. Das verstärkte den Eindruck mangelnder strategischer Vorbereitung.

Gleichzeitig eröffnen sich daraus Chancen für parlamentarische Kooperation. Für die Fraktion der Linken bieten sich mehrere Ansatzpunkte: ihre Sachkompetenz in sozialen und infrastrukturellen Fragen einbringen, Anträge mehrheitsfähig formulieren, gemeinsame Prioritäten für 2026 entwickeln.



Ein moderierender Oberbürgermeister muss Prioritäten benennen und Entscheidungen vertreten – auch wenn sie umstritten sind. Umgekehrt ist die Linke gefordert, Kritik mit konstruktiven Mehrheitsangeboten zu verbinden.

Axel Strasser präsentiert sich in den ersten Monaten als Verwaltungsmodernisierer, Technokrat sowie Moderator, weniger als politischer Akteur mit Gestaltungsanspruch. Das mag kurzfristig Ruhe versprechen, doch es bleibt die Frage, ob dieser Ansatz den realen Konflikten gerecht wird und ob daraus ein tragfähiger politischer Kurs entsteht.

Entscheidend wird sein, ob es Strasser gelingt, seinen vermittelnden Stil in sichtbare Führung umzusetzen. Dialog darf kein Selbstzweck bleiben. Er muss zu nachvollziehbaren Beschlüssen und überprüfbaren Ergebnissen führen. In einer Stadt mit wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen

Herausforderungen entscheidet sich kommunale Politik nicht an Rhetorik, sondern an Umsetzungskraft.

Spätestens dort, wo Entscheidungen unpopulär sind, wo Interessen aufeinanderprallen und Ressourcen fehlen, wird sich zeigen, ob das ausreicht – oder ob politische Haltung unvermeidlich wird. In einer Stadt wie Frankfurt (Oder), in der alte Probleme weiter bestehen, wird sich zeigen, ob moderierte Politik ausreicht – oder ob es irgendwann knallen muss.

In einer Stadtverordnetenversammlung ohne feste Mehrheitskoalition sind wechselnde Bündnisse keine Schwäche, sondern Voraussetzung politischer Handlungsfähigkeit. Doch Zusammenarbeit entsteht nicht allein aus Gesprächsbereitschaft. Sie braucht politische Klarheit.

von Jan Augustyniak  
(Stadtverordneter Die Linke)



# Was hilft, wenn nichts mehr hilft

Ein weiteres Mal hat die Frankfurter AfD eine Veranstaltung in Räumlichkeiten einer kommunalen Gesellschaft durchgeführt. Ein weiteres Mal wurde ihre menschenverachtende Ideologie reproduziert. Ein weiteres Mal normalisiert. Mehr als dreizehn Jahre nach Gründung dieser Partei und nach jahrelanger Radikalisierung fragt man sich: Was tun, wenn diese Partei weder schwächer noch ungefährlicher wird?

Die Antwort darauf ist natürlich nicht einfach. Die AfD traf auf einen günstigen gesellschaftlichen Nährboden für ihre rassistische, nationalistische und patriarchale Ideologie. Fortan beeinflusst sie die Gesellschaft mit der medialen Wirkmacht, die sie hat und ihr zugestanden wird, sodass sie sich selbst verstärkt. Der angesprochene Nährboden und das Ergebnis des Wachstums lassen sich immer wieder erschreckend anhand der Leipziger Autoritarismusstudien nachvollziehen: Der Anteil der Bevölkerung, der rassistischen, antisemitischen und sexistischen Äußerungen zustimmt, steigt immer weiter.

Zeitgleich steigen ebenso die soziale Ungerechtigkeit und Verteilungsungleichheit immer weiter: Reiche werden reicher, Arme werden ärmer. Es braucht endlich eine antifaschistische Sozial-

und Wirtschaftspolitik, um Ursachen für das Wachstum des rechten Gedankengutes zu beseitigen. Dafür kämpft Die Linke. Die derzeitige Marktgläubigkeit muss ersetzt werden durch eine investierende Wirtschaftspolitik, die den Mittelstand mehr stärkt als internationale steuervermeidende Konzerne und gut bezahlte Arbeitsplätze statt Minijobs und Jobcenter-Maßnahmen stärkt. Es braucht eine Sozialpolitik, die den Sozialstaat wachsen lässt, statt anzugreifen und das Vertrauen in ein gutes Leben für alle herstellt. Denn es gibt einen Zusammenhang zwischen ökonomischen Fragen und dem sich fortsetzenden Rechtsruck.

Zeitgleich darf die Auseinandersetzung hierbei nicht aufhören, denn der aufkommende Faschismus basiert auf ideologischer und moralischer Verrohung, die nicht nur durch ökonomische Ungleichheit und soziale Unsicherheit bedingt ist. Das Eine kann aber das Andere besonders verstärken.

Bezogen auf die AfD heißt das: Auch mit der besten Wirtschafts- und Sozialpolitik und dem besten Regierungsprogramm lässt sie sich nicht restlos bekämpfen und besiegen. Neben der Auseinandersetzung im Diskurs und der wichtigen Bildungsarbeit braucht es auch ein

Verbot. Mag die AfD in ihren Zielen und Tun noch so illegitim sein, sie ist legal. So darf sie dank des Neutralitäts- und Antidiskriminierungsgebotes gegenüber politischen Parteien auch weiterhin öffentliche Räume wie das Bolfrashaus nutzen.

Wer das verhindern will, sollte sich nicht auf die Einschätzungen des Verfassungsschutzes verlassen. Diese Behörde hat den NSU-Terror ermöglicht und fördert die Normalisierung menschenverachtenden Gedankengutes in der Mitte der Gesellschaft durch die Extremismustheorie.

Stattdessen hilft hier nur ein AfD-Verbot. Nur so kann dem Gebahren der AfD, das früher oder später auf eine Art Faschismus hinauslaufen wird, die rechtliche, finanzielle und mediale Handlungsgrundlage entzogen werden. Bis dahin werden kommunale Gesellschaften in Frankfurt schmerzlicherweise nichts machen können, wenn sich die AfD gestützt von der staatlichen Parteienfinanzierung im Bolfrashaus oder Kleist-Forum einmietet. Gesellschaftlicher Protest bleibt dabei so wichtig, wie der Eintritt für ein gut begründetes AfD-Verbotsverfahren.

von Tom Berthold  
(Kreisvorstandsmitglied Die Linke)

# Heraus zum 8. März...

Der 8. März wird unter verschiedenen Bezeichnungen begangen: Internationaler Frauentag, Weltfrauentag oder Frauen\*kampftag. Sein Beginn liegt in der sozialistischen Frauenbewegung des frühen 20. Jahrhunderts. Erstmals 1911 gefeiert, wechselten die Termine zunächst, bis 1921 der 8. März als festes Datum etabliert wurde. Damals wie heute standen Forderungen wie bessere Arbeitsbedingungen und Schutz vor Gewalt im Mittelpunkt.

In Deutschland ist der Tag immer noch umstritten. Während der Weimarer Republik organisierten Gewerkschaften und linke Parteien Veranstaltungen, unter den Nationalsozialisten wurde er nicht instrumentalisiert sondern gänzlich verboten. In der DDR wurde der 8. März als offizieller Feiertag mit staatlichen Programmen begangen, in der Bundesrepublik blieb er vor allem ein Aktionstag.

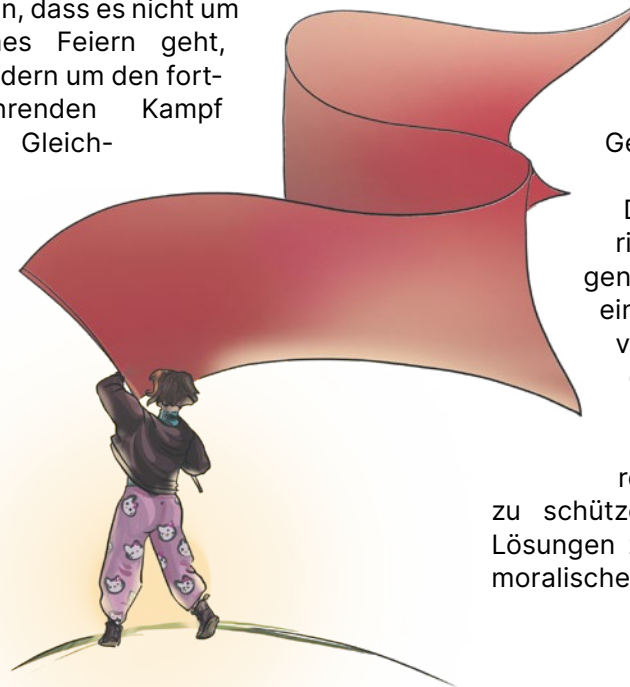
Heute ist der 8. März in Brandenburg ein regulärer Arbeitstag.

Die Bezeichnung Frauen\*kampftag soll zum einen unterstreichen, dass es nicht um reines Feiern geht, sondern um den fortwährenden Kampf für Gleich-

berechtigung, Selbstbestimmung und Schutz vor Diskriminierung. Das Gender-Sternchen signalisiert, dass nicht nur cis Frauen gemeint sind, sondern auch trans\* Frauen, inter und nichtbinäre Personen, die ebenso von patriarchalen Strukturen und geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind.

Die gegenwärtigen und historischen Kämpfe und Erfahrungen feministischer Politik zeigen ein solidarisches und kollektives Denken sowie Handeln, das pragmatisch und nah am Alltag möglich ist: auf konkrete Probleme zu reagieren, das tägliche Leben zu schützen und nach solidarischen Lösungen zu suchen, statt dogmatisch moralische Prinzipien durchzusetzen.

*aus der Redaktion*



# ...und zum 1. Mai

Auch der 1. Mai hat je nach Zeit und politischer Ordnung unterschiedliche Namen. International ist er als „Tag der Arbeit“ oder „Internationaler Arbeiterkampftag“ bekannt. Sein Ursprung liegt in den USA: 1886 riefen Gewerkschaften am 1. Mai zum Generalstreik für den Achtstundentag auf. In Deutschland erklärte die Weimarer Nationalversammlung 1919 einmalig den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag. Unter den Nationalsozialisten hieß er ab 1933 „Tag der nationalen Arbeit“ und wurde 1934 zum nationalen Feiertag des deutschen Volkes. In der DDR trug er offiziell den

Namen „Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen für Frieden und Sozialismus.“

Heute ist der 1. Mai zwar bundesweit gesetzlicher Feiertag, aber die Internationalität der Lohnabhängigen und auch der Achtstundentag werden weiterhin bekämpft; der Mindestlohn ist nicht armutsfest und 2024 wurden in der BRD fast 1,2 Milliarden Überstunden, davon rund 637 Millionen unbezahlt geleistet.

Zeit also zusammenzukommen – in Frankfurt (Oder) traditionell zum Brückenfest.

Gewerkschaften, Initiativen und demokratische Parteien laden die gesamte Doppelstadt ein – in diesem Jahr erneut wegen der Umbauarbeiten am Marktplatz und nicht an der Brücke, am Nachmittag dann weiter zur Demo.

Und eine Woche später, am 8. Mai, geht es weiter auf die andere Seite der Oder zum Europatag der Doppelstadt – ein weiteres Fest der Internationalität und des Zusammenhalts.

*aus der Redaktion*



## Kulturangebote vorerst gerettet

Die Irritationen und Verärgerungen waren groß, als Ende letzten Jahres die Pläne zur Streichung und Kürzung vieler Angebote in der Musikschule, bei der Bibliothek, im Museum, in der Volkshochschule und den freien soziokulturellen Projekten bekannt wurde.

Angefangen hatte das mit der von uns in jedem Ausschuss hinterfragten Nicht-Fortführung von vielen (kleinen) Musikschullehrerstellen. Zur Erinnerung: Aufgrund eines Gerichtsurteils (sog. Herrenberger Urteil) dürfen Musikschullehrer\*innen nicht auf Honorarbasis unterrichten, wenn diese Tätigkeit die einzige zur Sicherstellung ihres Lebensunterhalts ist. So wurden im Jahr 2024 insgesamt 10 Stellen an der Musikschule zusätzlich eingerichtet – der Bedarf wäre eigentlich 13,5 Stellen gewesen, die allerdings im Wirtschaftsplan des Kultureigenbetriebes „nicht darstellbar“ waren. Also 10 Stellen, besetzt von mehr als 25 Menschen mit kleinen und kleinsten Stellenanteilen.

Auch diese 10 Stellen waren vorgeblich „zu viel“ für den Wirtschaftsplan. Stellenstreichungen, Zusammenlegungen und Kürzungen standen im Raum.

Wir stellten zur Dezember-Stadtverordnetenversammlung einen Antrag, diese Stellen im beschlossenen Umfang und unbefristet zu erhalten. Uns gelang es, dafür die Fraktionen von CDU und Grünen zur gemeinsamen Antragstellung zu gewinnen.

Die Diskussion zum Antrag wurde vertagt ins neue Jahr. Wohingegen dann drastische Entgelt- und Preiserhöhungen beschlossen wurden!? Weitere beabsichtigte Kürzungen im Kultureigenbetrieb wurden bekannt: ein weiterer Schließtag an der Bibliothek, keine Kursangebote am Wochenende in der Volkshochschule ...

An der Musikschule regte sich Protest: Der Beirat informierte Schüler\*innen und Interessierte über die Folgen der

Verwaltungspläne – mehrere Demos vor dem Rathaus machten deutlich „So nicht! Kultur und ihre vielen Angebote sind wesentlich für unsere Stadt!“. Das zeigte Erfolg. Zumindest bei der Musikschule wollte die Verwaltung einlenken. Doch auch die anderen Angebote sind aus unserer Sicht unverzichtbar!

Schließlich stimmte im Februar eine Mehrheit der Stadtverordneten für den Erhalt des bisherigen Kulturangebotes (für dieses Jahr) – Dankeschön!

Doch wir haben lediglich Zeit gewonnen. Jetzt müssen die Debatten um die Kulturpolitik und -förderung fortgesetzt werden. Was und wie viel sind uns Kultur, Teilhabe und Miteinander wert? Wir, die Fraktion der Partei Die Linke, haben da ganz klare Positionen und werben um Mehrheiten für die richtigen Beschlüsse.

*von Sandra Seifert  
(Fraktionsvorsitzende Die Linke in der  
Stadtverordnetenversammlung)*



## Gemeinsame Zukunft?

Am 5. März sollte es soweit sein. Der gemeinsamen Stadtverordnetenversammlung der Doppelstadt Frankfurt-Stübice sollte der Beschluss zur Gründung eines Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) vorgelegt werden. Hinter diesem sperrigen Begriff verbirgt sich ein europäisches Rechtsinstrument, das die Bildung grenzüberschreitender juristischer Personen ermöglicht. Davon erhoffen sich Frankfurt und Stübice Erleichterungen bei der Umsetzung gemeinsamer Projekte sowie bei der Akquise europäischer Fördermittel. Vor allem aber soll der EVTZ eine dauerhafte Finanzierungsgrundlage für die grenzüberschreitende Buslinie 983 bieten. Bislang war diese aufgrund von Unvereinbarkeiten mit dem polnischen Recht der Stadt Stübice nicht gegeben. Künftig soll Stübice seinen Finanzierungsanteil im Rahmen ihres Mitgliedsbeitrags zum EVTZ leisten.

Nun wurde der Termin am 5. März abgesagt und die gemeinsame Stadtverordnetenversammlung auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Verhandlungen über die Höhe des jeweiligen Finanzierungsanteils sind bisher ergebnislos verlaufen. Den Diskussionen über die möglichen Varianten zur Aufteilung der Finanzierung liegt dabei eine gewisse Brisanz zugrunde: Vergangenen Herbst

wurde bekannt, dass sich Stübice seit 2023 auch nicht mehr im Rahmen sog. Ersatzleistungen etwa zum Frankfurter Kulturbudget an der Finanzierung beteiligt. Das Defizit der Buslinie wird seither allein von Frankfurt getragen und die Kompensation dieser Finanzierungslücke steht nun im Zentrum der Verhandlungen. Droht dem Verbund also ausgerechnet an jenem Problem zu scheitern, das er lösen soll?

Auch eine unbequeme Wahrheit verbirgt sich hinter den Streitigkeiten über die Finanzierung: Auf beiden Seiten bestehen Zweifel am gemeinsamen Nutzen des Angebots. In Frankfurt wird etwa kritisiert, der Bus bringe vor allem Menschen zum Einkaufen nach Stübice, während Frankfurt selbst kaum davon profitiere. In Stübice wird dagegen argumentiert, die Linie werde überwiegend von Deutschen genutzt und biete für die eigene Bevölkerung nur begrenzten Mehrwert. Bis heute mangelt es in der städtischen Gesellschaft und der Kommunalpolitik an einem Selbstverständnis für grenzüberschreitendes Handeln. Grenzüberschreitende Vorhaben stehen zwangsläufig unter dem Verdacht, einseitige Vorteile zu schaffen. Dabei erscheinen Forderungen nach einer Einstellung der Buslinie angesichts der angespannten Verkehrssituation in der Doppelstadt nicht nur kurzsichtig, sondern schlicht

gefährlich. Sie erinnern an das folgenschwere Jahr 2006, als die Frankfurter Bevölkerung und die Stadtverordneten, getrieben von antipolnischen Ressentiments und Missgunst, den Bau einer grenzüberschreitenden Straßenbahnlinie ablehnten und auf Jahrzehnte hin die gemeinsame Innenstadtentwicklung ausbremsten.

Scheitert der EVTZ an der gemeinsamen Buslinie, steht weit mehr auf dem Spiel als nur deren Zukunft oder die erhoffte Vereinfachung grenzüberschreitender Projekte. Ein solches Scheitern würde jegliche Visionen für eine integrierte Doppelstadt – etwa den Bau einer weiteren Oderbrücke oder die Entwicklung eines gemeinsamen Stadtzentrums entlang der Oder – bereits im Ansatz infrage stellen. Gerade deshalb kommt es jetzt darauf an, unabhängig vom eigenen Standpunkt, über aktuelle Konflikte hinauszublicken und den gemeinsamen Weg nicht aus den Augen zu verlieren. Frankfurt und Stübice sind längst eng miteinander verflochten und ihre Zukunft lässt sich nur gemeinsam gestalten.

*von Samuel Baldzikowski  
(Sachkundiger Einwohner im  
Gemeinsamen Ausschuss der  
Europäischen Doppelstadt)*

# Pro oder contra Olympia?

**Contra:** Der Berliner Senat träumt scheinbar von olympischem Glanz. Doch was als weltoffenes Sportfest verkauft wird, ist in Wahrheit ein teures und elitäres Prestigeobjekt. Anstatt die drängenden Krisen Berlins anzugehen und sich um das Wesentliche zu kümmern, sollen Millionen für eine Marketingkampagne zur Olympiabewerbung ausgegeben werden, bei deren Erfolg die Stadt nur draufzahlt.

Ein Blick auf andere Austragungsorte wie Paris oder Los Angeles offenbart den unausweichlichen „Kosten-Kater“. Millionen bis Milliarden an öffentlichen Geldern müssen für kurzlebige Infrastruktur, Überwachung und Sicherheit ausgegeben werden. Die Stadt würde einen Vertrag mit dem IOC schließen, sodass das IOC wie bei anderen Olympischen Spielen auch Milliarden-Gewinnen mit Sponsoring und Lizenzverkäufen erwirtschaften kann. Die Kosten aber hätte Berlin zu tragen. Es fehlt vorn und hinten an Geld für den Breitensport, für die Sanierung maroder Schulen und den

**Pro:** Im Zuge der Olympia Bewerbung von Berlin wird auch Frankfurt (Oder) als möglicher Austragungsort und Teil der Bewerbung von Berlin benannt, da in Betracht gezogen wird, Teile der Olympischen Spiele auf der hiesigen Schießsportanlage an der Autobahn auszutragen.

Auch wenn eine Bewerbung von Berlin für die Olympische Spiele immer kontrovers diskutiert wird und das IOC kaum als demokratisches oder transparentes Gremium gilt, sollte Frankfurt (Oder) die Chance nicht pauschal ausschlagen. Die angedachte Nutzung der bestehenden Schießsportanlage an der Autobahn A12 zeigt: Es geht bei der Bewerbung nicht zwingend um Prestige- oder Luxusprojekte, sondern um pragmatische gezielte Investitionen, die der Stadt langfristig zugutekommen können. Neue Großbauten mit unkalkulierbaren Folgekosten sollen zumindest hier vor Ort vermieden werden, indem auf Bestandsnutzung gesetzt wird.

Ausbau von bezahlbarem Wohnraum. Eine Olympia-Bewerbung setzt fatale Prioritäten: Gewinne werden von Großkonzernen und dem undemokratischen IOC privatisiert, die immensen Kosten und finanziellen Risiken aber werden vergesellschaftet und durch den städtischen Haushalt getragen. Dabei hat die Stadt Berlin schon für das Wesentliche im Leben zu wenig Geld.

Zudem wirken derartige Großveranstaltungen als Verstärkung der anhaltenden Gentrifizierung. Unter dem Deckmantel der „Stadtentwicklung“ werden öffentliche Räume verteuert und ein Umfeld geschaffen, in dem Mieten gesteigert werden. Um eine reibungslose und „saubere“ Kulisse für das globale Publikum zu schaffen, geht dies außerdem

unweigerlich mit der Verdrängung marginalisierter Gruppen einher. Das Nachsehen haben jene, die ohnehin schon täglich um ihren Platz in dieser Stadt kämpfen müssen.

Selbst für die lokale Wirtschaft muss Olympia nichts Gutes sein. In anderen Städten hatten lokale Gastronomen und Händler das Nachsehen gegen große Konzerne, die „Olympia-Partner“ geworden sind (also sich eingekauft haben). Steuern zahlen musste das IOC auf die Olympia-Gewinne in den Austragungsorten noch nie und obwohl die Städte für vieles bezahlen sollen, haben sie wenig bis kein Mitspracherecht bei der Ausgestaltung der Olympischen Spiele. Bis jetzt waren es „Knebelverträge.“

Selbst wenn Frankfurt marginal von den Olympischen Spielen profitieren sollte, was nachgewiesen werden müsste, kann man es in Anbetracht der hohen sozialen und finanziellen Kosten für die Stadt Berlin nicht begrüßen.

von Tom Berthold  
(Kreisvorstandsmitglied Die Linke)



Für Frankfurt (Oder) könnte das konkret bedeuten: Verbesserte Verkehrsanbindung zur Autobahn und zum öffentlichen Nahverkehr, barrierefreie Wege und sichere Infrastrukturen, die nach den Spielen weiterbestehen. Klar sollte allerdings auch sein, dass Frankfurt weder Milliardeninvestitionen noch einen touristischen Boom erleben wird. Die Finanzierung muss so gestaltet werden, dass die Stadt nicht die Hauptlast trägt und Mittel, die ohnehin für Modernisierung und Instandhaltung nötig wären, kofinanziert werden. Gleichzeitig lassen sich soziale Standards einbinden: regionale Betriebe bei Aufträgen, Tarifbindung, Beteiligung der Beschäftigten und der Bürger/innen, sowie transparente Kostenkontrolle.

Pragmatisch betrachtet ist eine Beteiligung kein Prestigeobjekt, sondern eine Chance, notwendige Investitionen sozial,

ökologisch und kommunalpolitisch sinnvoll zu gestalten. Frankfurt kann seine Infrastruktur aufwerten, die regionale Wirtschaft stärken und gleichzeitig Erfahrungen in Projektmanagement und Bürgerbeteiligung sammeln. Zugleich kann eine Beteiligung helfen, das oft einseitige Bild vom „Rand der Republik“ zu korrigieren. Frankfurt (Oder) liegt im Herzen Europas, an der Grenze zu Polen – eine internationale Sportveranstaltung könnte diese Lage sichtbar machen und grenzüberschreitende Kooperation fördern.

Kritisch bleibt: Das IOC ist nach wie vor ein problematischer Verband und die Durchführung muss eng begleitet werden. Aber unter diesen Bedingungen kann die Stadt Vorteile ziehen, die sonst vielleicht Jahrzehnte auf sich warten ließen – pragmatisch, nachhaltig und sozial.

von Jan Augustyniak  
(Stadtverordneter Die Linke)

# Kunst, Kultur und Bürgerschaft



## Beispiel 1: Beeskow, ca. 8.000 Einwohner

Mit der Burg Beeskow hat die Stadt ein kulturelles Zentrum, das u.a. zwei Museen, eine Bühne und das Burgschreiber-Stipendium unter seinen Dächern vereint. Außerdem treffen sich hier Laienkünstler, die Theater spielen, schreiben oder malen. Der Landkreis ist Träger der Einrichtung. Auf dessen Homepage heißt es: „Die Entwicklung des kulturellen Lebens ist laut Gemeinde- und Landkreisordnung kommunale Aufgabe. Um diese Entwicklung zu unterstützen, ist Kulturförderung im Land Brandenburg verfassungsrechtliche Pflichtaufgabe, festgeschrieben im Artikel 34 der Landesverfassung: ‚Das kulturelle Leben in seiner Vielfalt und die Vermittlung des kulturellen Erbes werden öffentlich gefördert.‘ Somit ist Kulturförderung mehr als nur eine freiwillig erbrachte Leistung.“

Der Förderverein der Burg Beeskow hat ca. 90 Mitglieder. Er finanziert zum Beispiel die Kreativangebote und unterstützt personell z.B. die Familienweihnacht auf der Burg.

Mit Ausstellungen zu Jahresthemen 2026 „vom lauschen und lärmern“ und dazu erscheinenden Kursbüchern ist es der Burg Beeskow gelungen, das

Museum zu entstauben. Die Buchpremierer und Lesungen sind rappellvoll, die Ausstellungen werden nicht nur zur Eröffnung rege besucht.

## Beispiel 2: Eberswalde, ca. 41.500 Einwohner

Seit dem 14. Juli 2007 heißt es an jedem Sonnabend um 10:30 Uhr in der Kreisstadt in Barnim „Guten Morgen Eberswalde.“ Bei freiem Eintritt und an verschiedenen Orten im Stadtzentrum finden Konzerte, Theateraufführungen, Tanz und Lesungen für alle Generationen statt. Einmal im Monat stehen Künstler aus der Region auf der Bühne. Mit diesen Veranstaltungen wird der öffentliche Raum zum Treffpunkt der Bürger. Kunst und Kultur sind zur Selbstverständlichkeit



geworden. Finanziert wird die Reihe aus Fördermitteln von Kommune und Landkreis sowie durch Sponsoren und Schenkungen.

Am 21. Februar 2026 hieß es zum 972. Mal „Guten Morgen Eberswalde.“

## Beispiel 3: Fontanestadt Neuruppin, ca. 32.000 Einwohner

2026 startet in Neuruppin das Projekt „Zwischen.Orte“, finanziert aus Mitteln vom Kulturland Brandenburg und den brandenburgischen Sparkassen. Auf der Homepage zum Projekt heißt es: „Das Projekt Zwischen.Orte lädt alle Menschen ein, die Stadt neu zu denken. Künstlerinnen und Künstler übernehmen Patenschaften für ausgewählte Orte,



gestalten sie mit künstlerischen Interventionen und eröffnen so neue Perspektiven auf unsere Stadt.“ In offenen Gesprächsformaten und moderierten Salons werden die Neuruppiner zu diesem Projekt zu Gesprächen eingeladen.

## Gibt es ähnliches auch in Frankfurt (Oder)?

Ein Stadtmagazin oder Jahrbuch hat unsere Stadt nicht. Im Museum Viadrina befinden sich eine Dauerausstellung zur Stadtgeschichte und Sonderausstellungen.

Thomas Strauch lädt seit 2008 am letzten Donnerstag des Monats um 20:00 Uhr zur Open Stage in die Darstellbar ein. Hier treten Musiker aus der Region auf und es wird gemjammt.

von Carmen Winter (Schriftstellerin)

# „Dieser Spagat stumpft ab“

**D**ieses Interview hat so nie stattgefunden – und doch ist jedes Wort darin gefallen. Über Wochen hinweg wurden versteckte bis freundschaftliche Hintergrundgespräche mit Beschäftigten der Stadtverwaltung geführt: Aus Ämtern, aus Eigenbetrieben, aus jenen Büros, in denen Einzelfälle zur Statistik werden.

Niemand wollte öffentlich sprechen – erst recht nicht namentlich in einer Parteizeitung. Zu groß ist die Spannung zwischen Loyalitätspflicht, politischer Weisung und persönlicher Überzeugung. Um diese Widersprüche dennoch sichtbar zu machen, wurde aus den Gesprächen eine literarische Collage geformt.

*Frage 1: Sie und Ihre Kolleg:innen sprechen häufig von einem „Rollenkonflikt“. Was meinen Sie damit?*

Herr Walther: Sie arbeiten für die Stadt, Sie leben teilweise hier, sie glauben an öffentliche Daseinsvorsorge – und dann berechnen Sie Kürzungen, die genau diese Infrastruktur schwächen. Sie wissen oft genauer als die Stadtverordneten, was eine gestrichene Stelle bedeutet, welche Kurse wegfallen, welche Öffnungszeiten reduziert werden. Doch Ihre Rolle verlangt Neutralität. Sie setzen Beschlüsse um, die Sie privat vielleicht anders bewerten. Dieser Spagat stumpft ab – nicht aus Gleichgültigkeit, sondern aus Selbstschutz.

*Frage 2: Wie erleben Sie die aktuelle Haushaltslage konkret?*

Sie ist kein abstraktes Defizit, sondern sehr konkret: Weniger Honorarverträge, verschobene Investitionen, befristete Stellen, die nicht verlängert werden. Jede Einsparung wird auch uns gegenüber als Sachzwang formuliert. Für uns sind es jedoch auch Gesichter. Kollegin-



nen und Kollegen, die gehen. Projekte, die nicht stattfinden. Räume, die dunkler bleiben. Wir überbringen diese Botschaften – und werden dabei selbst zum Gesicht der Kürzung. Auch das trägt zur Abstumpfung bei.

*Frage 3: Wird intern über Alternativen gesprochen?*

Selbstverständlich. Verwaltung ist nicht ideenlos oder ohnmächtig. Wir rechnen Modelle durch, entwickeln Szenarien, markieren Prioritäten – oder erledigen eben Dienst nach Vorschrift. Aber die Spielräume sind politisch gesetzt. Entscheiden dürfen wir nicht. Wenn Kultur oder Jugend nicht priorisiert werden, müssen wir das umsetzen. Deswegen gefährdet noch niemand seine Stelle.

*Frage 4: Wie wirkt sich das auf die Beschäftigten aus?*

Viele identifizieren sich stark mit ihrer Arbeit. Jahre des Studiums, Weiterbildungen, jahrzehntelange Erfahrung – und dann entscheidet die nächsthöhere Ebene anders. Das fühlt sich nicht gut an, egal welche Ebene der Verwaltung das tut. Wenn Angebote gekürzt

werden, fühlt sich das gar persönlich an. Öffentlich dürfen wir das nur leise kommentieren und diese Sprachlosigkeit erzeugt Frust. Manche ziehen sich zurück oder kündigen, andere arbeiten noch mehr, um Verluste auszugleichen. Es gibt Kolleg:innen, die ihr Weihnachtsgeld spenden oder sich zusätzlich ehrenamtlich engagieren. Verwaltung ist in der Demokratie Teil der Stadtgesellschaft – nicht ihr Gegenüber.

*Frage 5: Was wünschen Sie sich also?*

Was wir uns wünschen, ist ein Bewusstsein dafür, dass Verwaltung nicht außerhalb der Gesellschaft steht. Wenn Personal fehlt oder schlecht eingesetzt, gleichzeitig Anträge, Evaluationen und Nachweise zunehmen, entsteht Druck – auf Beschäftigte wie auf Kulturschaffende. Solidarität darf nicht an der Bürotür enden. Eine Kultur, die tatsächlich zusammenhält, heißt auch: Verständnis für Arbeitsbedingungen, transparente Verfahren, ehrliche Finanzierungspläne und frühzeitige Abstimmung – statt direkte öffentlicher Eskalation an ungeeignete Adresse.

von Igor H. Berg



## Haus der Künste: Neuanfänge

Sie waren solidarisch, kämpferisch, visionär und schnell: Bereits Ende 1989 formierten sich Kulturakteur\*innen in Frankfurt (Oder), um die Kunst im Bezirk strukturell, organisatorisch und inhaltlich neu zu ordnen und somit für die folgende, ungewisse Zeit zu bewahren. Eine zentrale Rolle nahm dabei die Diskussion um das Haus der Künste ein. Den Engagierten schien klar, dass sie nur im Zusammenschluss Gehör fänden.

In einem Entwurf zur Gründung einer „Assoziation der Kunst- und Kulturschaffenden“ aus dem Dezember 1989 wird ein Dachverband für das Haus der Künste vorgeschlagen; im Februar 1990 ein Kuratorium einberufen, das als Ansprech- und Verhandlungspartner gegenüber der Politik auftrat. In der Deklaration vom 2.2. 1990 heißt es: „Das Kuratorium [...] stellt sich die Aufgabe, mit Kunst und Alltagskultur in der Region zu wirken und Verbindungen über die

Region hinaus aufzunehmen und die Stadt Frankfurt an der Oder und die Region als eines der Kultur- und Kunstzentren der DDR zu erhalten und weiterzuentwickeln.“ Die Deklaration wurde am 8.2.1990 beim RUNDEN TISCH „Kultur“ in den politischen Raum eingebracht. Die Kulturakteur\*innen waren demnach aktiv an der Umstrukturierung des Hauses der Künste beteiligt.

Der oben genannte Entwurf verstand das Haus der Künste als einen interdisziplinären Experimentierraum mit Kunstgalerie, künstlerischen Werkstätten, einem eigenen Verlag, einem kunstpädagogischem Zentrum, einer Kunstbibliothek, einer Druckerei, Büros für die Künstlerverbände, einem Klubkeller, einem Veranstaltungsraum, Gästezimmer und einem Café. Im Juli 1990 trat Jürgen Rehfeld als erster Leiter des Hauses seinen Dienst an, am 1.9. eröffnete die Galerie B ihre Räume.

Dass die Zeiten dennoch stürmisch waren, suggeriert ein Schreiben des frisch gegründeten Kunstvereins Frankfurt (Oder) vom 12.12.1990. Die beiden Vorsitzenden, Dorit Herden und Manfred Neumann, kritisieren die geplanten Kürzungen im Kulturretat der Stadt. Sie sehen darin einen „eklatanten Widerspruch zum notwendigen Ausbau des kulturellen Umfeldes, das die beabsichtigte Universitätsgründung erfordert“ und laden zu einem Austausch zum Thema „Universität ohne Kultur?“ Die Universität wurde gegründet, das Haus der Künste ist auch 2026 aktiv. Solidarisch, kämpferisch, visionär und schnell zu sein, lohnt sich also. Nehmen wir uns diese Geschichte zum Vorbild.

*von Constance Krüger  
(Kulturkoordinatorin an der  
Europa-Universität Viadrina)*

# Isabelle Vandre im Gespräch



Die Bundestagsabgeordnete Isabelle Vandre unserer Partei Die Linke war Mitte Februar im Gespräch mit Genossinnen und Genossen hier in Frankfurt. Sie ist eine der drei Bundestagsabgeordneten aus Brandenburg und Mitglied im Finanzausschuss sowie im Haushalts- und Bauausschuss im Bundestag (und noch vieles andere mehr).

Thematisiert wurden der unzureichende Wohnungsbau und die stetig erhöhten Mieten und Betriebskosten, weitere soziale Einschränkungen durch die Regierungskoalition und demgegenüber die Umverteilung von unten nach oben. Ebenfalls wurden Fortschritt und Risiken der künstlichen Intelligenz, die EU-rechtswidrige Fortsetzung der Grenzkontrollen, der permanente Rassismus und vieles mehr diskutiert.

Im Mittelpunkt der Politik der Fraktion stehen die offensive Verteidigung des Sozialstaates und die Bezahlbarkeit des Lebens. Die Wohnungspolitik und die daraus resultierende Mietenkampagne der Linkspartei haben hierbei eine zentrale Bedeutung. Die Linke vertritt die Beschäftigten in diesem Land, auch die sozial Abgehängten gegen die neoliberale Politik der herrschenden Klasse. Eines der Konzepte ist eine gerechtere Steuerpolitik. So berichtete die Genossin Bundestagsabgeordnete aus ihrer Arbeit zur Untersuchung krimineller Finanzgeschäfte. Diese entziehen dem Bundeshaushalt jährlich etwa 100 Milliarden Euro. Das ist 400 mal mehr als der jährliche Schaden durch Bürgergeld-

Betrug. Es werden nacheinander soziale Gruppen ausgegrenzt und weiter belastet und die Reichen mit Steuergeschenken entlastet.

Umfänglich wurden das Auftreten der AfD und der Umgang mit ihr diskutiert. Isabelle Vandre unterstrich, dass es keine Berührungspunkte mit der rechtsextremen Partei gibt sowie dass deren Auftreten im Bundestag schwer auszuhalten sei. Sie unterstützt ein Verbot dieser Partei, weil sie u. a. mit Millionen Steuergeldern breite rechte Netzwerke knüpft.

Durch Desinformation, Diffamierung und offene Bedrohung erzeugen sie Angst, so dass Menschen nicht mehr in der Öffentlichkeit auftreten und in Zusammenkünften nicht mehr über Politik reden wollen.

Wir können und müssen mit unserer Politik, mit solidarischer Unterstützung untereinander und in und mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen offensiv dagegenhalten.

*von Sonnhild Grünberg*

## Kein Werben fürs Sterben



Vor wenigen Wochen war ich zu Besuch bei der Linksjugend [solid] Frankfurt (Oder), um als jugendpolitische Sprecherin der Linken über Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung zu sprechen. Sie sind, wie 63 % der jungen Menschen (Forsa), gegen eine Wehrpflicht und stellten Fragen, mit denen ich mich in meiner Jugend nicht mehr auseinandersetzen musste.

Es muss uns betroffen machen, wenn das einzige Zukunftsbild, dass der Jugend gemalt wird, eines ist, bei dem sie in letzter Konsequenz für einen Staat töten oder sterben sollen. Bundeswehr und Bundesregierung ringen hingegen darum, die Militarisierung zum "normalen" Teil des Alltags zu machen. Die Bundeswehr investiert massiv in Werbung, um sich als attraktiver und spannender Arbeitgeber zu präsentieren. Fehlende attraktive Angebote und Zukunftsperspektiven vor Ort sowie strukturelle Benachteiligungen begünstigen die Rekrutierungspraxis der Bundeswehr, die auf die Perspektivlosigkeit junger Menschen reagiert.

Dem entgegen stellen sich junge Menschen, die bereit sind, sich mit den Autoritäten, die über ihre Zukunft(slosigkeit) bestimmen, anzulegen. Nachdem ein Schüler für ein Schild auf dem "Merz leck Eier" stand, verhaf-

tet wurde, entwickelte sich der Slogan zum neuen Schlachtruf der Schulstreiks gegen die Wehrpflicht. Unabhängig davon, ob man die Wortwahl angemessen findet, symbolisieren sie Widerstand gegenüber einer Politik, die keine Verantwortung für die Zukunft der Jugend übernimmt und zugleich ihnen ihr Leben abverlangt.

Auch wenn in den medialen Debatten oft ein anderes Bild gezeichnet wird: Die Jugend ist bereit, für ihre Zukunft und Demokratie zu kämpfen. Die Mehrheit ist jedoch nicht bereit dafür zu sterben. Als Die Linke stehen wir an ihrer Seite bei den Schulstreiks und beraten zur Kriegsdienstverweigerung.

*von Lisa Pfitzmann  
(Mitglied im Bundevorstand Die Linke  
sowie Kandidatin zur Abgeordneten-  
hauswahl in Berlin-Köpenick)*

# Die Erinnerung der Enkel



Alles hören, alles sehen, alles sagen - nichts verstehen...



**Drei Deutsche Enkel**

Unser letzter deutscher Großvater starb in der Nacht, als die Oder zufror. Damals als junger Soldat hatte er nachts nur gegen die Kälte kämpfend an den vereisten Uferbereichen ausgeharrt – so hatte er es uns erzählt.

In Wahrheit hat er seitdem gewartet, jedes Frühstück, zu erzählen, was damals kalt gemacht und dass dabei nicht nur ein Teil seines Fußes deformiert, sondern auch der Seele erfor. Fast jeden Morgen beim ersten Tee, schluckte er Tränen stumm hinunter.

Er schämte sich seiner Gedankenlosigkeit, seines Karrieregehorsams – aber vor allem seiner Tränen; dass er in der Nacht nur einen Zeh und nicht sein Leben verlor. Er schämte sich mehr seines Glücks denn des Unheils, das er brachte.

So wollte er nicht nur die Zeugnisschaft, dass er sich arbeitsteilig mehr als nur an einem Krieg beteiligte, sondern wollte den Richterstand den Überlebenden und Geschichtsbüchern überlassen. Verantwortung übernahm er so nie – weil er sich bis zu seinem Tode immer noch als Ausführenden und Befehlsempfänger sah, der selbst nicht urteilen dürfe. Als Großvater nach seinem letzten Frühstück die Augen schloss, waren ebenso diese Berichte geschlossen worden.

Sind sie? Wir Enkel und Nachgeborenen warten nicht mal bis zum ersten Schluck Tee zum Urteil. Wir sind vernetzt, moralisch sortiert und gedenken ohne Nachsicht. Eine existenzielle Selbstprüfung oder Analyse historischer Machtstrukturen ist nur eine Parole oder einen Tweet entfernt. Die Welt besteht aus Nullen und Einsen – dass Großvater ein Nazi war,

längst keine Kontroverse mehr; auch nichts Besonderes mehr. Singular ist Alles, Definitionslücken gibt es nirgendwo.

Und in einer Art moralischer und spektakulärer Selbstbespiegelung (umso leichter wenn die Tätergeneration tot und die Erinnerung institutionalisiert ist) können wir Enkel genau dieselbe Verantwortung übernehmen. Und so ganz ohne Demut soll alles von der deutschen Schuld befreit werden.

Also Historikerstreits am Frühstückstisch, Hörsaal oder gar öffentlich in Connewitz mit Begleitung von über 1.000 Polizist:innen – ohne das dadurch eine Bombe, Drohne oder Deformation gestoppt wird.

„Die Israelis sind die neuen Nazis“, „Die Palästinenser sind die neuen Nazis“, „In Gaza gibt es keine Zivilisten, nur Ziele.“, „Die Shoah ein Genozid unter vielen“, „Die Araber sind unser Unglück“. Es ist mit der Zeit wohl nicht nur die Oder oder Großvaters Zeh gefroren, sondern auch die Herzen und Hirne der Enkel für solche Demonstrationen.

Solidarität wird an die Zugehörigkeit zu einer nationalen oder ethnischen Gruppe geknüpft; und losgelöst von den konkreten Handlungsmöglichkeiten und Diskussionen vor Ort kennen sie alle Antworten; Rassismus und Antisemitismus ist ein Problem der Anderen, aus anderen Orten, aus einer anderen Zeit – wir Nachgeborenen haben alles verstanden und wissen was zu tun ist. Wissen wir?

Auf der Beerdigung von Großvater darüber also kein Wort – das ist Sache der Erinnerungspolitik und Geschichtsbücher. An der Oder ist doch alles gut und es gibt keine staatlichen oder gar paramilitärischen Organisationen mehr, die an vereisten Uferbereichen ausharren.

von Igor H. Berg

Gremium: Ausschuss für Kultur, Bildung, Sport und Bürgerbeteiligung  
 Datum: Di., 20.01.2026 Status: öffentlich/ nichtöffentlich/ künstlerisch  
 Zeit: 17:00-21:45  
 Raum: Rathaus, StadtverordnetensitzungsSaal „Saal Stubice“ (R. 2.25), Marktplatz 1

## 04 Anfragen der Einwohnerinnen und Einwohner

„Werden aus dem Haus der Künste...“



... Sonnenstudios, Versicherungen und Reisebüros wegen 31.400€ Mehreinnahmen aus der Kaltmiete im Jahr?“



Musikschule/ Reduzierung Lehrpersonal

Mögliche Folgen

- weniger Lehrkapazität
- zunehmend weitere Wartelisten
- weniger Angebote für Musikschüler:innen, gemeinsam zu musizieren
- Probleme bei der Aufrechterhaltung/ Existenz (Besetzung, Spiel, Deutsch-polnisches Jugendorchester)

Wegen 80.000€ im Jahr weniger geförderte Stellen?

## 05.1 Informationen der Verwaltung



WTF - die haben vergessen, dass es Licht braucht? aber wo sollen die über 40.000 Kunstwerke, viele aus der DDR, sonst gelagert werden?

### Aktuelle Kostenberechnung

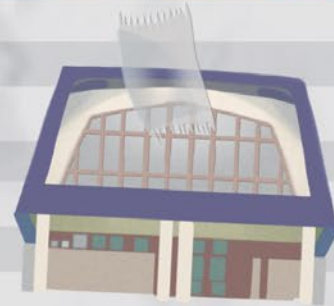
1. Sanierung u. Umbau/ Erweiterung Altes Kino	
Preissteigerung von 7,6 Mio. Euro durch Planungstiefe (Brandschutz, Akustik, Bauphysik, Tragwerke)	>>> 39,0 Mio Euro
Erfordernisse aus historischer Bausubstanz (Denkmalschutz) und vorhandenem Baufund, sowie gestiegenen Baupreiszindex	>>> 4,1 Mio Euro
2. Ausstattung Museum, Lichttechnik, Depotplanung	
Leistungen i.H.v. 4,1 Mio. Euro, zwar nicht Bestandteil der Gesamtkosten	>>> 2,1 Mio Euro
3. Vorbereitende Maßnahmen - Umverlegung Fernwärmetrasse	
Leistungen i.H.v. 2,1 Mio. Euro zwar nicht Bestandteil der Gesamtkosten	>>> 1,05 Mio Euro
4. Leistungen Bauherr - Personalkosten	
Leistungen i.H.v. 1,05 Mio Euro zwar nicht Bestandteil der Gesamtkosten	
<b>Summe</b>	<b>46,25 Mio Euro</b>

## 06.1. Konzerthallen-sanierung - Denkmalschutz, Kulturentwicklung und Projektsteuerung VO 26/AFR/0556

### Zusammenfassung

- Pannne: Denkmalschutzinfo zum Aufbau kam erst im Juli 2025 im ZIM an
- Stadt prüft Sanktionen; erweiterte Dienstaufsicht bis Jahresende angeordnet
- Schreiben zu Denkmalschutz werden künftig sofort an alle Stellen verteilt
- Sanierung startete später, Arbeiten bis Juni 2028, Baugenehmigung seit November
- Kosten: 5,9 Mio. Euro, Mehrkosten 30.000-40.000 Euro durch Denkmalschutz

Wie das Bauzernat bereits im Kultur- und Bildungsausschuss zuvor einwies, sei erst nach über 8 Monaten nach dem Eingang des Schreibens im Rathaus vom Bauamt intern informiert worden - WTF, die haben in ihrer eigenen Kommunikation eine wichtige Mail über Monate nicht gelesen? Obwohl die im gleichen Gebäude sitzt??



### 07 Anträge

### 08 Vorlagen

08.11 Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes KULTURBETRIEBE Frankfurt (Oder) (Oberbürgermeister Dr. Axel Strasser Berichterstatter: Oberbürgermeister Dr. Strasse) VO 25/SVV/10543-01



Erhöhung 1-2€ Eintritt St. Marien  
 Mehreinnahmen ab 2027 von 62.800€\*

Haben vorher nicht mal mit der Förderverein St. Marienkirche Frankfurt (Oder) gesprochen...



Einsparvolumen: 2026-2028, jährlich 3860€

Mögliche Folgen:

- Verlust der Programmvielfalt durch Wegfall von 770 Unterrichtsstunden
- Wegfall von Kursen mit geringer Nachfrage, dh. weniger Teilnehmer, dh. für bestimmte Sprachen, Menschen mit Behinderung, Mal- und Zeichenkurse
- Teilnehmerrückgang, Einnahmeausfälle

eine VHS ohne Angebote und Unterrichtsstunden wegen so einer Summe...?

Der Medienetat wird gekürzt, was zu einem geringeren und weniger aktuellen Medienangebot führen wird. Ein aktuelles Medienangebot ist jedoch unalodig für die Attraktivität einer Bibliothek!

### Mögliche Folgen

- Verringerung des Medienangebots zu Lasten von Bibliotheksnutzern mit geringem Einkommen
- dadurch sinkende Nutzerzahlen
- Auswirkung auf die Wahrnehmung von Angeboten der Leseförderung und Vermittlung von Les- und Medienkompetenz



### Städtisches Museum Vidrina

1. Reduzierung der Öffnungszeiten im Junkerhaus und der Gedenkstätte Di-Fr, So im jeweils 1 Stunde Samstag
- Einführung eines Schließtages

ein Museum soll am Samstag zu machen?



und was wird 2027 aus unserer Kultur...?